SITZUNGSPROTOKOLL
über die
GEMEINDERATSSITZUNG
1/2025
am Dienstag, 21.01.2025 im Gemeindeamt - Sitzungsraum

Beginn: 20.02 Uhr **Ende: 20.46 Uhr**

Anwesende:

Bürgermeister: Markus Bischofer, Alpbach als Vorsitzender
Bgm.-Stellvertreter: Jenewein Johannes, B.A., Alpbach 390a

Die Gemeinderäte:

Alexander Moser, Alpbach 23
Anna-Christina Moser, Alpbach 754
Bischofer Josef (als Ersatz für Hausberger Katharina, Alpbach 106)
Klingler Ludwig, Alpbach 374
Brigitte Mayer, Alpbach 713a
Lederer Jakob, Alpbach 153
Bischofer Mathias, Alpbach 66
Moser Christian, Alpbach 285
Kostenzer Jakob, Alpbach 134
Frank Kostner, Alpbach 664 (ab 20.23 Uhr)
Haberl Oswald, DI (FH.), Alpbach 523
Radinger Peter, Alpbach 147
Margreiter Hannes, Alpbach 778b

Entschuldigt:
Hausberger Katharina

Außerdem anwesend: Peter Larch als Schriftführer, sowie Florian Raggl und Daniel Pozzo

Die Mitglieder des Gemeinderates wurden gem. § 34 TGO 2001 von der Abhaltung der Sitzung fristgerecht und schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnung durch den Bürgermeister verständigt.
Die Gemeindevertretung zählt 15 Mitglieder, anwesend sind davon 15; die Sitzung ist beschlussfähig. Die Sitzung ist öffentlich.

Tagesordnung:

1. Gemeinderatssitzungsprotokoll vom 17.12.2024;
2. Neuerrichtung der Volksschule Alpbach auf Gst.-Nr. 155/6 KG. Alpbach;
3. Spendengesuche und Auszahlungen aus dem Budget;
4. Anfragen, Anträge und Allfälliges;

Sitzungsverlauf und Beschlüsse:

1. Genehmigung Gemeinderatssitzungsprotokoll vom 17.12.2024;

Das Protokoll vom 17.12.2024 wurde den Gemeinderäten übermittelt. Es gab keine Stellungnahmen dazu.

Beschluss:

Das vorliegende GR-Sitzungsprotokoll vom 17.12.2024 wird daher einstimmig beschlossen.

2. Neuerrichtung der Volksschule Alpbach auf Gst.-Nr. 155/6 KG. Alpbach;

Der Bürgermeister begrüßt die Gemeinderäte, sowie Florian Raggl und Daniel Pozzo von der Kommunal Infrastruktur GmbH, und die zahlreich anwesenden Zuhörer/innen (19). Weiters verweist der Bürgermeister, dass schon länger über dieses Thema diskutiert wurde und dabei verschiedene Varianten durchgegangen wurden und bittet die Vertreter der Kommunal Infrastruktur GmbH um entsprechende Erläuterung.
Herr Raggl Florian erlklärt dabei die mittels Beamer dargestellten Übersichten, die vom Gemeinderat schon in mehreren Arbeitssitzungen durbesprochen wurden. Es sind insgesamt drei verschiedene Varianten durchexerziert worden. Dabei hat man sich dann auf die Varianten A und C konzentriert. Die Variante C wäre die große Lösung mit einem Investitionsvolumen von ca. 22 Mio. Euro gewesen. Dabei wäre der Standort Inneralpbach für Schule und Kindergarten in Inneralpbach und Alpbach gefallen und samt Kinderbetreuung im Bereich der Mittelschule durch einen großen Neubau untergebracht worden. Dieser Vorschlag ist letztlich schon wegen der finanziellen Mittel hinfällig geworden. Eine Prüfung der Aufsichtsbehörde in Bezug auf finanzielle Machbarkeit hat für die Gemeinde Alpbach eine Summe von höchstens 15 Mio. Euro Investitionssumme, auch im Hinblick der weiteren finanziellen Entwicklung der Gemeinde Alpbach, ergeben. Somit ist man zur Lösung mit der Variante A und einer Kostenschätzung von ca. 14,5 Mio. Euro gekommen, die wie folgt aussieht: Die bestehende Volksschule in Alpbach bleibt erhalten. Im Untergeschoß wird die Kleinkindbetreuung (im derzeitigen Kindergarten) mit leichten Adaptierungen angesiedelt. Im Erd- und Obergeschoß wird ein 3-gruppiger Kindergarten mit Nebenräumen und Mittagsbetreuung entstehen. Das Dachgeschoß wird angehoben und darin werden 5 kleinere

Einheiten für umsorgtes Wohnen entstehen. Das Gebäude wird dann barrierefrei durch den Einbau eines Liftes.
Die Volksschule Alpbach wird im Bereich der bestehenden Mittelschule im direkten Anschluss daran neu errichtet. Die Ausgestaltung der verschiedenen Räumlichkeiten ist mit der Bildungsdirektion Tirol abzuklären und abzustimmen, weil es diese Investitionsmaßnahme auch öffentliche Zuschüsse geben wird. Für die angestrebte Lösung wird ein Realisierungszeitraum von ca. 2-3 Jahren aufgezeigt.

Der Bürgermeister ergänzt, dass diese Investition für die Gemeinde Alpbach finanziell schon eine Herausforderung werden wird und verweist, dass in der letzten Bürgermeisterkonferenz hingewiesen wurde, dass aus dem Geindeausgleichsfonds (GAF) ab 2025 keine Mittel mehr vorhanden sind. Insgesamt wird sich in Zukunft die finanzielle Situation für Gemeinden aufgrund der allgemeinen Budgetsituation schwieriger gestalten. Man kann aber mit einer Fördersumme von ca. 1/3 der Investitionssumme rechnen. In dieser Situation kommen der Gemeinde aber die vorhandenen Rücklagen zu Gute und man ist sich auch der Dringlichkeit für diese Investitionsmaßnahmen bewusst.
Mit der juristischen und technischen Verfahrensbetreuung sollte man aus der Sicht des Bürgermeisters die Advokatur Dr. Schöpf und die Kommunal.Infrastruktur.Finanzierung GmbH für diese Aufgabenstellungen beauftragen und bringt die Beschlusstextvorlagen dem Gemeinderat zur Kenntnis.
Daniel Pozzo von der Kommunal.Infrastruktur.Finanzierung erläutert kurz das Dienstleistungsangebot für die juristische und technische Abwicklung des wettbewerblichen Dialoges, sowie der Einreichplanung für die Abwicklung des Vergabeverfahrens und sagt, dass sie sich mit dem Angebot schon sehr bemüht haben und diese in der Begleitung des Projektes gerne unter Beweis stellen würden.
Der Bürgermeister ergänzt, dass weiterhin Diskussionen zum Projekt notwendig sein werden und verweist, dass unter Berücksichtigung des Bundesvergabegesetzes die juristische Abwicklung sehr wichtig sein wird.
GR Jakob Lederer sieht grundsätzlich die Lösung in der vorliegenden Form sehr positiv und verweist dabei auf die Arbeit der Steuerungsgruppe hin. GR Lederer Jakob meint, dass man wie in den Arbeitssitzungen besprochen den Volksschulneubau bei der Mittelschule mit 8 Klassen vorsehen sollte, damit auch eine Übersiedlung der Inneralpbacher Volksschule in das neue Schulgebäude möglich ist, wobei die Voraussetzung dafür ist, dass für dieses Gebäude eine entsprechende Nachnutzung gewährleistet ist. Die Zusammenführung der Schulen ist aus seiner Sicht grundsätzlich anzustreben. Hierzu verweist er auf die Aussage der Kindergartenleiterin von Inneralpbach, Sofie Prosser, in der Arbeitssitzung der Vorwoche, dass bei dieser Variante auch die eine Inneralpbacher Kindergartengruppe in den Überlegungen berücksichtigt werden sollte. GR Lederer ist auch dafür, dass in den Detailplanungen zum Neubau VS bei der Mittelschule und Umbau des bestehenden Alpbacher VS-Gebäudes der Platzbedarf für den Kindergarten Inneralpbach berücksichtigt werden müsste.

GR Oswald Haberl ist hier anderer Meinung und sagt, dass die Volksschule derzeit nicht mit 8 Klassen vorgesehen werden sollte, weil dies aufgrund der Kinderzahlen derzeit platztechnisch nicht erforderlich ist. Die Planung könnte man allerdings in der Weise vorsehen, dass dies bei Bedarf in einer 2. Baustufe möglich wäre. Für GR Oswald Haberl ist die Schließung der VS-Inneralpbach keine Option.

GRin Brigitte Mayer merkt dazu an, dass aus ihrer Sicht eine Aufteilung in zwei Bauabschnitten schon allein aus Rücksicht auf die Anrainer nicht sinnvoll wäre.
Daniel Pozzo ergänzt dazu, dass diese Möglichkeit in der Ausschreibung optional berücksichtigt werden kann und wird.
Der Bürgermeister spricht die Aufstellung von Container als Ersatzquartier an. Dabei sind laut Bürgermeister auf jeden Fall vorhandene freie Kapazitäten (z. B. in der Mittelschule oder auch in der VS-Inneralpbach) zu berücksichtigen.

GR Christian Moser möchte, dass man möglichst rasch in die Umsetzung kommt.
Bgm.-Stv. Johannes Jenewein verweist auf das Interesse der anwesenden Zuhörer insbesondere wegen diesem Tagesordnungspunkt und erläutert, dass es zu diesem Thema verschiedene Ansichten gegeben hat bzw. auch noch gibt und man sich meinungsmäßig auf eine tragfähige Vernunftslösung, die jetzt zur Beschlussfassung vorliegt, geeinigt hat und dabei sind die verschiedensten Überlegungen eingeflossen. Es wird aber auch weiterhin bei verschiedenen Details weitere Gespräche benötigen.
Der Bürgermeister ergänzt abschließend, dass derartige Projekte einfach ein bestimmtes Zeitfenster benötigen und letztlich immer die Finanzierbarkeit gegeben sein muss. Vom Bürgermeister werden folgende Beschlüsse beantragt:

Beschluss:

1.
Der Gemeinderat beschließt mit 15 ja-Stimmen, dass für den *„Neubau Volksschule“* gemäß Projektvariante A der Präsentation der Kommunal.Infrastruktur.Finanzierung.gmbh vom 21.01.2025 weiterverfolgt werden soll. Der Bürgermeister wird gemeinsam mit zwei weiteren Gemeindevorständen dazu ermächtigt, die weiteren Schritte einzuleiten. Das Projekt wird mit maximalen Gesamtkosten von netto EUR 8.580.00,00 in den Mittelfristigen Finanzplan aufgenommen.

2.
Der Gemeinderat beschließt mit 15 ja-Stimmen, den Auftrag für die juristische und technische Verfahrensbetreuung im Zusammenhang mit dem *„Neubau Volksschule“* an die Advokatur Dr. Herbert Schöpf, LL.M., Rechtsanwalt-GmbH und die Kommunal.Infrastruktur.Finanzierung.gmbh gemäß Angebot vom 20.01.2025 in Höhe von 1,0% der Baukosten (Kostengruppen 1-6 nach ÖNORM B 1801-1) zzgl. 20% USt. und Barauslagen zu vergeben. Der Bürgermeister wird gemeinsam mit zwei weiteren Gemeindevorständen dazu ermächtigt, die weiteren Schritte einzuleiten und die entsprechenden zivilrechtlichen Verträge abzuschließen.

3.
Der Gemeinderat beschließt mit 15 ja-Stimmen, dass für den *„Umbau bestehendes Volksschulgebäude (Moahof)“* gemäß Projektvariante A der Präsentation der Kommunal.Infrastruktur.Finanzierung.gmbh vom 21.01.2025 weiterverfolgt werden soll. Der Bürgermeister wird gemeinsam mit zwei weiteren Gemeindevorständen dazu ermächtigt, die weiteren Schritte einzuleiten. Das Projekt wird mit maximalen

Gesamtkosten von netto EUR 3.550.000,00 in den Mittelfristigen Finanzplan aufgenommen.

4.
Der Gemeinderat beschließt mit 15 ja-Stimmen, den Auftrag für die juristische und technische Verfahrensbetreuung im Zusammenhang mit dem *„Umbau bestehendes Volksschulgebäude (Moahof)“* an die Advokatur Dr. Herbert Schöpf, LL.M., Rechtsanwalt-GmbH und die Kommunal.Infrastruktur.Finanzierung.gmbh gemäß Angebot vom 20.01.2025 in Höhe von 1,5% der Baukosten (Kostengruppen 1-6 nach ÖNORM B 1801-1) zzgl. 20% USt. und Barauslagen zu vergeben. Der Bürgermeister wird gemeinsam mit zwei weiteren Gemeindevorständen dazu ermächtigt, die weiteren Schritte einzuleiten und die entsprechenden zivilrechtlichen Verträge abzuschließen.

3. Spendengesuche und Auszahlungen aus dem Budget;

Der Kulturausschuss der Gemeinde Alpbach beantragt eine Förderung von € 1.500,-- für das Jahr 2025.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die beantragte und im Budget vorgesehene Förderung für 2025 in der Höhe von € 1.500,--.

4.Anfragen, Anträge und Allfälliges;

Es werden keine Anfragen gestellt.

Die Sitzung wird um 20.47 Uhr geschlossen.

Das Protokoll dieser Sitzung besteht aus 5 Seiten.
Es wurde gelesen, genehmigt und gefertigt.

Alpbach, am 22.01.2025

Der Bürgermeister:

Gemeinderat: **Gemeinderat:**

Schriftführer: